

THE LAST...

Kontaktadressen:

GBJ LandessprecherInnenrat:

Katja Schütze

8018 Grafing

Martin Ottensmann

8000 München 40

Frimi Dimpel

8501 Schwarzenbruck

Basisgruppen:

Jungdemokraten Nbg  
Splittertormauer 5  
8500 Nürnberg 1

München Alternative  
Jugend (MAJ)

8000 München 80

Jungdemokraten  
Bundesgeschäftsstelle  
Reuterstr. 44  
5300 Bonn 1  
0228/210952

Kontoverbindung GBJ-Landesverband:

Hypo-Bank München, Katja Schütze Kto: 4280188293 BLZ: 700 200 001

### Beitrittserklärung

Ich beantrage hiermit meine Aufnahme als Mitglied  
in das Grün-Bunte Jugendnetz/JungdemokratInnen (GBJ)

Vorname: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Tel-Nr.: \_\_\_\_\_

geb. am: \_\_\_\_\_ in: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

monatlicher Mitgliedbeitrag DM \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Basisgruppe: \_\_\_\_\_

## Jugendrundbrief 01/92

### Inhalt:

- Einladung zur a.o. Landesversammlung am 8. März 92
  - Anträge zur LV
  - Warum parteiunabhängig und grünnah
  - Bericht LA der Grünen
  - Termine der MAJ
  - CRASH macht dicht ?!
  - Hoyerswerda war zuviel:
- Kampagne:  
AUS\für/GRENZEN
- Internationale Jugendbegegnungen
  - JETZT ERST RECHT:  
Beitrittserklärung



**GBJ**  
Grün Bunte Jugendnetz Bayern

JungdemokratInnen

Einladung zur  
Ausserordentlichen Landesversammlung  
vom  
Grün Bunten Jugendnetz/  
JungdemokratInnen (GBJ)  
Landesverband Bayern

am 8. März 1992  
um 18 Uhr  
im GRÜNEN STADTBÜRO  
Baumstr. 4  
8000 München  
(U-Bahn: Fraunhoferstrasse)

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüssung durch den Not-LandessprecherInnenrat
2. Formalia  
- Wahl des Tagungspräsidium
3. Politischer Berichte
4. Finanzieller Bericht  
Vorlage der Kassenberichte des noch kommissarisch amtierenden Schatzmeisters
5. Finanzielle Entlastung
6. Satzungsänderungen  
Einfügung eines Mitgliedsbeitrages in die Satzung
7. Diskussion um Jugendkongress des Landesvorstandes der GRÜNEN
8. Vorbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten  
Vereinigung mit Ost-Jugendgruppen MJV/Junge Linke
9. Anträge  
Hoyerswerda war zuviel, AUS für GRENZEN
10. Wahlen  
Nachwahlen zum LSR  
BDK und BHA Delegierte  
Bundesarbeitskreise  
Landeschiedsgericht
11. Sonstiges

ANTRÄGE ZUR LV AM 8.3.92 IN MÜNCHEN

Antrag NR 1

Die Landesversammlung möge beschliessen:

Satzungsänderung

In der Satzung wird als ein neuer Artikel 5 eingefügt, alle nachfolgenden Artikel-Nummern werden dementsprechend um 1 erhöht.

Artikel 5 (neu):

1. Der Landesverband erhebt einen Mitgliedsbeitrag.
2. Auf Antrag der Basisgruppe des Mitglieds wird die Erhebung auf diese übertragen.
3. Die Höhe der Beiträge sind in einer Beitragsordnung festzulegen.

Antrag NR 2

Die Landesversammlung möge beschliessen:

Beitragsordnung:

Mindestbeitrag pro Monat:

SchülerInnen	2,-- DM
StudentInnen, Arbeitslose und Personen ohne eigenes Einkommen	3,-- DM
Nettoeinkommen	
bis 700 DM	3,-- DM
bis 1000 DM	5,-- DM
bis 1500 DM	10,-- DM
bis 2000 DM	20,-- DM
bis 3000 DM	30,-- DM
über 3000 DM	50,-- DM

Begründung:

Aus unserer bekannten finanziellen Situation keine weitere Begründung, warum der Mitgliedsbeitrag auch in der Satzung verankert werden soll

Antrag NR 3

Die Landesversammlung möge beschliessen:

Arbeitskonzept für das Jahr 1992

1. Mailbox

Der Landesvorstand bekommt pro Person einen Zuschuss von 200 DM für den Kauf eines Modems. Eine Versorgung der Mailbox mit Infos soll so sichergestellt werden, wie auch die schnelle Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Anlaufstellen.

Es läuft zur Zeit eine bundesweite Abstimmung, die uns ein eigenes Pinnbrett bringen soll, die Zwischenergebnisse sehen recht vielversprechend aus.

## 2. Rundbrief

der Landesverband gibt vierteljährlich einen Rundbrief heraus:

Red.-Schluss	Versand
01.02.	13.02
01.05.	15.05
06.09.	15.09
01.11.	15.11.

Auflage 500      Versand 300

Druckkosten: 800 DM      Versandkosten 720

Seitenumfang 3 Bögen DinA 4, auf DinA5 gefalst => 12 Seiten

## 3. Bildungspolitische Kampagne

Mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung des Bundesverbandes der Jungdemokraten veranstaltet das GBJ ein SchülerInnen-Seminar im Juni im Raum München.

## 4. BDK

Auf der nächsten BDK der JD geht es um die Vereinigung der MJV/Junge Linke aus den Ost-Ländern und die bildungspolitische Kampagne, die mit finanzieller Unterstützung der Grünen Bundespartei durchgeführt wird, und zum Verbandsaufbau gerade in schwachen Regionen dient.

Es soll u.a. ein Sonder-Tendenz an alle Schulen, auch in Bayern, verschickt werden, über 30 Seminare in 3 Monaten durchgeführt werden, und ein Haufen Materialien erstellt und verteilt werden.

## Antrag NR 4

Die Landesversammlung möge beschliessen:

### Vereinigung mit MJV/Junge Linke

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten 1992 unterstützt der Landesverband Bayern den Zusammenschluss mit den ostdeutschen Jugendgruppen, wenn sichergestellt ist,

- daß die Jungdemokraten auch weiterhin die GRÜNEN als parlamentarischen Ansprechpartner sehen.
- daß die Eigenständigkeit der Landesverbände gesichert ist, auch in der Namensgebung;
- daß nach einem Scheitern des Zusammenschlusses auch den westlichen Landesverbänden die Möglichkeit gegeben wird, diesen wieder rückgängig zu machen;
- daß, zumindest in programmatischen Erklärungen, sichergestellt wird, daß wir ein radikaldemokratischer Verband bleiben;
- daß keine Ausgrenzung zu Grünen Jugendgruppen betrieben wird.

#### Begründung:

Die letzten Beschlüsse des bayerischen Landesverbandes sind bisher davon ausgegangen, daß wir zunächst eine Vereinigung mit Grünen Jugendgruppen wollten, bevor wir den Zusammenschluss mit den ostdeutschen Gruppen unterstützen. Die Lage hat sich jedoch geändert, der bundesweite Zusammenschluss der Grünen Jugendkoordination hat sich mehr oder weniger aufgelöst, der verbliebene Rest aus Hessen, Ba-Wü und Schleswi-Holstein hat das Bundesprojekt abgeschlossen und hat wohl bewußt an der GBJ vorbei eine neue Mini-Koordination aufgemacht.

Zu bedenken bleibt jedoch, daß die MJV/Junge Linke aus einer anderen politischen Tradition kommt und ein Zusammenwachsen sicher schwierig ist. Dieser geplante Beitritt, mit Parität der Ost-West-Gruppen, ist sicher ein Schritt in die Richtung eines bundesweiten parteiunabhängigen Jugendverbandes. Dieser Schritt stellt eine Entwicklung der GRÜNEN Partei zu einer systemkritischen Partei in Rechnung, die auch die Existenz der Partei in Frage stellt. Wir in Bayern haben aber, trotz unserer Schwierigkeiten mit der Partei, den Laden noch nicht aufgegeben.

## Antrag NR 5

Die Landesversammlung möge beschliessen:

### Satzungsänderung

Der Artikel 4 wird geändert:

Aufnahme von Mitgliedern

Satz 2:

Mitglied kann nur werden, wer das 28. Lebensjahr noch nicht vollendet hat....

vorher: 24. Lebensjahr

Begründung: Um eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten, ist es sinnvoll auch auf ältere Mitglieder nicht zu verzichten, die Altersgrenze ist immer noch 4 Jahre unter der Grenze anderer Satzungen der Jungdemokraten. Ein künstliche Rücksichtnahme auf die Wünsche der Partei Die Grünen ist überflüssig, warum eine Selbstbeschränkung?

## Termine

21.02.1992, 15h30	Vorbereitung des Jugendkongresses des Parteilandesvorstandes in Nürnberg, Grünes Büro
29.02.1992	Bundeshauptausschuss der Jungdemokraten
03.03.1992, 19h30	Treffen der Münchener Alternativen Jugend, Schwerpunktthema: Emigration/Asyl/AusländerInnenfeindlichkeit
08.03.1992, 18h00	Landesversammlung des GBJ/JungdemokratInnen, im Stadtbüro der GRÜNEN, Baumstr.4, München
14.03.1992	Verkehrskampagne der GRÜNEN in Augsburg
14.03.1992, 18h00	Landestreffen des Linken Forums in den Grünen Bayern, am Rande der Parteiveranstaltung, s.o.
15.03.1992	Landesausschuss der GRÜNEN, Augsburg
20.-22.03.1992	Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten, Vereinigung mit MJV/Junge Linke in Oer-Erkenschwick (Ruhrgebiet)
21.-22.03.1992	Jugendkongress der Parteilandesvorstandes in Nürnberg Jugendkongress der GAJ in Ba-Wü
10.-12.04.1992	JVV des JBN

## Antrag NR 6

Seite 1

## I. Hoyerswerda war zuviele!

"In den Städten und Gemeinden artikuliert sich in der Bevölkerung auch am ehesten Unmut und mangelnde Akzeptanz des praktisierten Asylrechts". Als Volker Rühe, der CDU-Generalsekretär diesen Satz in seinem Brief im September an die CDU-Mitglieder vor Ort schrieb, ahnte er wohl nicht, daß seine Kampagne auf dem fruchtbaren Boden fallen würde. Der fruchtbare Boden, der für seinen Vorstoß zur Änderung des Asylrechts vorhanden war, bestand allerdings nicht nur aus einem "gesunden Unmut", sondern aus weitverbreitetem und gesellschaftsfähigem Rassismus, der die Übergriffe in Hoyerswerda, Saarlouis und anderen Orten erst möglich machte. Dieser Rassismus bedeutet nicht nur, daß wir um den Erhalt und den Ausbau des Asylrecht in diesem Land kämpfen müssen, sondern heißt vielmehr, daß wir gemeinsam gegen den Fremdenhaß in dieser Gesellschaft einstehen müssen.

## Wie ist die Situation in diesem Land?

Um die Situation für AusländerInnen und Flüchtlinge in diesem Lande zu beschreiben, genügt zunächst schon völlig ein Blick in das Grundgesetz der Bundesrepublik. Dabei fällt auf, daß die Abstammung von der "deutschen Kultur" zum Kriterium der Staatsangehörigkeit und der damit verbundenen Rechte gemacht wird. Also nicht der Lebens- und Arbeitsschwerpunkt, nicht die Unterstützung dieses Landes durch Steuerzahlung, nicht einmal der Geburtsort spielt eine Rolle. Diese im Grundgesetz festgeschriebene Grundlage ist aber zutiefst völkisch. Dennoch ist sie das Leitmotiv aller Einwanderungspolitik in diesem Land und damit leider sehr relevant für AusländerInnen und Flüchtlinge. Völkische Kriterien sind in sich rassistisch und rational schwer begründbar. Denn wie sonst kann es dazu kommen, daß auf der einen Seite argumentiert wird, daß Boot sei voll, auf der anderen Seite aber jedes neue deutsche Baby bejubelt und belohnt wird? Wenn AussiedlerInnen hier einwandern, werden diese mit allen erdenklichen Mitteln in die Gesellschaft integriert. Gleichzeitig jedoch werden die, die auf der Flucht vor Bürgerkrieg, Umweltkatastrophen, Folter, Hunger, ... (kurz: vor den meist von den Industrieländern der sogenannten "ersten Welt" produzierten Problemen) sind und es schaffen, bis in die Bundesrepublik zu kommen, in Sammellager gesteckt, mit Gutscheinen abgespeist, ... Von Integrationsleistung können wir da nicht sprechen.

Der Angriff auf das Asylrecht kam zu einem Zeitpunkt, an dem Volker Rühe und viele andere, die diese Netze mit betrieben, sie nötig hatten. Sie brauchten eine Projektion weg von den innenpolitischen Problemen hin zu den AußenseiterInnen in dieser Gesellschaft. Nötig war diese Projektion zum Beispiel deshalb, weil die Situation in den "neuen Bundesländern" sich durch steigende Arbeitslosigkeit, vermehrte Unzufriedenheit mit dem vorher so hochgelobten System, ... immer mehr zuspitzte. Zu bemerken ist nämlich, daß die in diesem Sommer betriebene Netze kurz nach dem Ablauf des Kündigungsschutzes in der Ex-DDR begann und damit zu einem Zeitpunkt, an dem auch dem/der allerletztten klarwerden mußte, daß mit dem Kapitalismus nicht zu spaßen ist.

Und nicht nur dort stieg der Unmut mit der Politik in diesem Land, die immer deutlicher einige sozial absichert und bevorzugt und andere gesellschaftlich ausgrenzt und ausbeutet.

## Wie entstanden diese Übergriffe?

Die Übergriffe und Anschläge auf AsylbewerberInnen waren kein Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Handhabung des Asylrechts in diesem Land. Denn es traf und trifft ja nicht nur AsylbewerberInnen, sondern trifft alle die, die in dieser Gesellschaft zu AußenseiterInnen gemacht werden. Es trifft AusländerInnen, die schon jahrelang das bundesdeutsche Bruttosozialprodukt steigern und mithelfen, unsere Renten zu sichern, trifft Menschen, die einen deutschen Paß haben und trotzdem "anders" aussehen, etc. Denn gemeint ist alles, was fremd scheint.

Der Terror, der in Hoyerswerda zu allem Überfluß auch noch beklatscht wurde, entsteht aber auch nicht einfach, weil "ein paar arme kleine Ossis, die es nicht besser wissen", ihre Aggressionen an denen auslassen, denen gegenüber sie sich stärker fühlen. Eine solche Antwort reicht nämlich nicht, um die Bandbreite des rechten Terrors, der aufgeflammt ist, zu erklären und widerspricht allen Erfahrungen mit der organisierten Rechten. Denn im Gegensatz zu dem, was uns immer wieder versucht wird weiszumachen, handelt es sich bei rechten Attentaten nicht um Einzelgänger und erst recht nicht um "verirrte EinzelgängerInnen". Untersuchungen wie die des Unterausschusses "Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" des europäischen Parlaments berichtet von europaweit nachvollziehbaren Organisationsstrukturen der Rechten und auch andere Informationen weisen sehr deutlich darauf hin, daß sich die deutsche Rechte sehr schnell in den sogenannten FNL zurechtgefunden hat.

Gerade weil wir erkannt haben, daß das "Asylproblem" herbeigereitet worden ist, daß es sich bei den Anschlägen nicht um unorganisierte Einzelgänger handelt, daß der weitverbreitete "salonfähige" Rassismus die nun vielfach verurteilten Überfälle erst möglich gemacht hat, dürfen wir uns nicht auf eine verengte und uns aufgedrückte Asyldebatte einlassen, sondern müssen vielmehr die Chance nutzen, Fremdenfeindlichkeit zu thematisieren und auf die eigentlichen Gründe für Flucht hinzuweisen. Der Umgang mit den Anschlägen auf AsylbewerberInnen und ausländische MitbürgerInnen darf deshalb nicht in halbherzigem Bedauern dieser Anschläge verweilen, sondern muß die eigentlichen sozialen Probleme in diesem Land thematisieren, muß die Gründe für diese Probleme aufzeigen und muß dazu führen, daß klar wird, auf wessen Kosten der Wohlstand der "entwickelten Länder" verdient wird.

## 1. Die zunehmende Abschottung Europas

Mit dem Stichwort "Festung Europa" bezeichnen viele wie wir die zunehmende Tendenz, die Grenzen Europas für alles, was nicht erwünscht ist, zuzumachen. Mit dem Schengener Abkommen und anderen europäischen Abkommen wird eine Mauer gegen die legitimen Ansprüche der Opfer der kapitalistischen Politik der Industriestaaten aufgebaut. Abkommen wie das Schengener werden gegenüber der Bevölkerung dann aber so verkauft, als handle es sich um einen Fortschritt, nur weil nicht an jeder Grenze der Paß vorgezeigt werden muß.

Ganz am Rande sei hier auch noch erwähnt, daß auch für die bundesdeutschen BürgerInnen die Konsequenzen dieses Abkommen verheerend sind. Denn legitimiert durch dieses Abkommen werden nicht nur die Flüchtlinge länderübergreifend registriert und diskriminiert. Es heißt vielmehr für alle, die in Europa leben, daß der Polizeistaat näherrückt. Denn wie sonst sollen wir es bezeichnen, wenn die Daten, die eine Polizeibehörde speichert (und das oft gegen jeden Datenschutz) auch noch der im Nachbarland weitergegeben werden dürfen und die bundesdeutschen GrenzInnen bis weit in das Nachbarland verfolgen dürfen? Auf Kosten der Flüchtlinge werden hier Techniken entwickelt und eingeführt, die bald für alle "AußenseiterInnen" verheerende Folgen haben werden.

Die wirtschaftliche und politische Verantwortung für die Folgen seiner Politik übernimmt Europa in keiner Weise. Daß, was an Entwicklungshilfe in die Opferländer des Kapitalismus und Imperialismus gegeben wird, dient zum einen zum Verschleiern der eigentlichen Absichten dieser Politik, bedeutet aber zum anderen außerdem auch meist noch eine Hilfe zum weiteren Manifestieren der Abhängigkeit dieser Länder. Nur so läßt es sich erklären, daß jede Mark, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in die Entwicklungshilfe steckt, von den bundesdeutschen Konzernen vielfach wieder erwirtschaftet wird.

## 2. Die Doppelmoral dieser Gesellschaft

Die in der Sommerpause vom CDU-Generalsekretär und anderen geputschte Diskussion um den Artikel 16 des Grundgesetzes ist eine künstlich erzeugte Debatte um Probleme, die eigentlich gar nicht so, wie sie geschildert werden, bestehen. Denn nicht die AsylbewerberInnen sind das Problem, sondern die Leute, die die AsylbewerberInnen zu den Sündenböcken für alles das machen, was in diesem Land schief läuft und größtenteils im System bedingt ist. Doppelmoral begegnet uns gerade in den derzeitigen Diskussionen sehr häufig. Zum Beispiel Wohnungsnot: Nicht erst seit kurzem ist die Wohnungsnot in der Bundesrepublik bekannt. Besonders durch den Ausstieg des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau im Jahr 1980 ist die Wohnungsmisere immer schlimmer geworden. Schon

## A.O. - Landesversammlung

damals war bekannt, daß der "freie Wohnungsmarkt" nichtmal in der Lage war, den Bedarf auch nur ansatzweise zu decken. Statt aber nun wieder in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus einzusteigen, um die bestehenden sozialen Probleme anzugehen, beschäftigt sich die Bundesregierung mit einer Scheindebatte um den angeblichen "Asylmißbrauch".

Aber auch in der Tatsache, daß in diesem Land die Fluchtursachen und die Beteiligung der Bundesrepublik an ihrer Entstehung nicht thematisiert werden, zeigt sich, daß es sich bei der derzeitigen Politik nicht um eine Politik handelt, die auf einen gesellschaftlichen Fortschritt bedacht ist, sondern die darauf abzielt, die Machtverteilung zwischen den Industrieländern und den "Entwicklungsländern" weiter zu erhalten und auszubauen.

Neben der platten rassistischen Argumentation gibt es einen weiteren Argumentationsstrang, der von PolitikerInnen wie zum Beispiel Heiner Geißler verwandt wird. Er basiert nicht auf einer rassistischen Grundlage, sondern ist eine reine Ausbeutungsstrategie. Ganz kurz gesagt bedeutet diese Strategie der "etwas klügeren KapitalistInnen", daß der Mangel an deutschen Nachwuchs ausgeglichen wird durch den regulierten Zuzug von AusländerInnen. Geißler zitiert zum Beispiel in seinem vielbeachteten Spiegelartikel vom April 1990 den Daimler-Benz-Chef Edoard Reuter folgendermaßen: "Eine Öffnung der Grenzen für unbegrenzte Einwanderung ist gewiß kein Patentrezept. Läßt man sie aber im richtigen Maße zu, kann allein dies auf Dauer die Anpassungskosten erheblich vermindern und dazu führen, daß unerträgliche Folgen des Geburtenrückgangs vermieden werden."

## 3. Rassismus - die Grundlage der derzeitigen Politik

Rassismus ist diejenige Haltung, die die intellektuellen oder moralischen Merkmale einer bestimmten Menschengruppe als direkte Folge ihrer physischen oder biologischen Merkmale ansieht. Der häufig unvorsichtige Gebrauch des Begriffes birgt jedoch die Gefahr, daß er entweder bagatellisiert wird, oder durch allzu restriktive Anwendung wichtige Erscheinungsformen nicht erfaßt. Rassistisch ist also die Ab- oder Aufwertung von Menschen auf Grund ihrer Verschiedenartigkeit. Eine faktische Verschiedenheit besteht in jedem Falle zwischen den Menschen, wobei dies jedoch kein Grund ist, sie verschieden zu behandeln oder einzustufen. Der/die RassistIn schafft sich mit der "Rasse" ein Kriterium zur Unterscheidung, die "Rasse" wird zumeist negativ definiert, d.h. sie besitzt all die Eigenschaften, die von der Norm verschieden sind. Hierbei werden Argumentationen sowohl biologischer, kultureller, psychologischer, sozialer und philosophischer Art benutzt, um die biologistische Denkweise zu verschleiern. Das Ziel ist es aufgrund der Wertung von Unterschieden, deren Verabsolutierung und Verallgemeinerung eine Legitimierung für Unterdrückung und Herrschaft zu schaffen.

Insgesamt sind alle nennenswerten Klassifizierungsversuche bezüglich Rasse von EuropäerInnen gemacht worden, beginnend mit der Zeit des Kolonialismus.

Der biologische "Rassenbegriff" ist an sich absurd, da es keine reine Rasse gibt. Immer wieder hat es Invasionen, Völkerwanderungen, Eroberungen und Besetzungen gegeben, wobei es

natürlich auch immer eine Vermischung der "Rassen" gegeben hat. Physische und intellektuelle Eigenschaften können ebenfalls nicht die Kriterien zu Bestimmung von "Rassen" sein. Die Feststellung von Unterschieden auf dem Gebiet beruht zumeist auf einem Phänomen der kollektiven Wahrnehmung. Das heißt, das zwischen den Individuen kein Unterschied mehr gemacht, sondern eine Eigenschaft verallgemeinert wird.

Psychische, moralische oder intellektuelle Eigenschaften können nicht mit physischen Eigenschaften in Verbindung gebracht werden. Diese Eigenschaften sind von der jeweiligen Sozialisation abhängig, und insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Menschen so gering, daß jeder Mensch in jeder anderen Kultur aufwachsen könnte als der sein.

Wenn wir also von der Gleichheit der Menschen sprechen, bedeutet das nicht, das wir die Unterschiede leugnen, sondern daß wir sie als gleichwertig betrachten. Wir können keine Menschengruppen pauschal mit Eigenschaften belegen, sondern erkennen an, daß sie aus einer Vielzahl von Individuen bestehen, die alle gleichberechtigt existieren. Dies ist auch die einzig mögliche Umgangsweise mit der Verschiedenartigkeit der Menschen, die die Tür für eine multikulturelle Gesellschaft öffnet.

Ganz kleine, aber dennoch wichtige rassistische Tendenzen sind bei fast allen zu beobachten, auch wenn wir schnell geneigt sind, dies für uns selbst, besonders als Linke, abzustreiten. Der einzig ernsthafte Umgang mit diesem "feinen" Rassismus ist allerdings ein ständiges Hinterfragen der eigenen Kriterien. Dies heißt zum Beispiel, bei Argumentationen mit einer bestimmten "Mentalität" ganz besonders achtam zu sein, heißt aber auch, sich nicht auf die Bewertungen einzulassen, die das Individuum verleugnen und nur in bestimmte "Schubladen" sortieren.

## 4. Die Bedeutung einer multikulturellen Gesellschaft

Der Begriff der multikulturellen Gesellschaft wird mittlerweile ebenso wie viele andere Begriffe der Linken instrumentalisiert. Wir halten hier nochmals fest, daß eine multikulturelle Gesellschaft für uns nicht heißt, daß wir alle gern beim Italiener unsere Pizza essen oder unser Ödner Kebab von einer Türkin gemacht wird. Eine multikulturelle Gesellschaft muß basieren auf der Gleichheit aller Menschen, die an einem Ort leben. Gleichheit heißt aber nicht, daß alles gleichgemacht wird, sondern heißt, daß die verschiedensten Ausprägungen und Erziehungsmöglichkeiten der Menschen als gleichwertige Existenzmöglichkeiten begriffen werden. Konkret bedeutet die Forderung nach einer multikulturellen Gesellschaft für uns alle nicht nur eine Chance für eine menschenfreundlichere Umgebung. Sie heißt auch, daß wir alle bereit sein müssen, uns auf die unterschiedlichen Kulturen, Sprachen, Gebräuche, Religionen anderer einzulassen und auch unsere Kultur in Frage zu stellen und von anderen in Frage stellen zu lassen. Deshalb ist die Akzeptanz aller Kulturen als gleichwertig die Grundlage einer multikulturellen und nicht-rassistischen Gesellschaft.

## 5. Der halbherzige Umgang mit den Menschenrechten

Nicht nur nach der Durchsicht des Amnesty-Jahresberichtes wird deutlich, daß in den meisten Ländern dieser Erde die Menschenrechte verletzt werden. Die Frage der Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen anderer Länder ist dabei jeweils abhängig vom wirtschaftlichen und politischen Nutzen des jeweiligen Landes. Ganz deutlich wird dies an den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, Neuland, und schon ist Folter eine kulturelle Eigenart des Landes und deshalb kein Asylgrund! Aber auch an den derzeitigen Bemühungen um neue Kontakte zur VR China zeigt sich, daß solange für die Demokratiebewegung geschwärmt wird, wie sich die wirtschaftlichen Folgen im Rahmen halten.

Die Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern werden aber vielfach nicht nur gelehnet, sondern auch noch von der Politik der Bundesrepublik mit verursacht. Denn solange die Weltwirtschaftspolitik auf Ausbeutung und Unterdrückung basiert, wird die "Welt" darauf angewiesen sein, in den ausgebeuteten Ländern Unabhängigkeitsbewegungen zu unterdrücken. Und eine solche Unterdrückung funktioniert am besten, indem eine Elite des jeweiligen Landes mit Unterstützung der Ausbeuterländer an der Macht gehalten wird und im Auftrag der AusbeuterInnen jede Befreiungsbewegungen - und sei es auch durch Menschenrechtsverletzung - unterdrückt.

## Aus der Analyse der bestehenden Probleme und Ihrer Ursachen folgt für die JungdemokratInnen

- der Beginn einer ernsthaften Bekämpfung der durch die BRD (mit-)verursachten Fluchtursachen
- der Stopp der Waffenproduktion und des -exports
- die Abschaffung aller Handelsbarrieren (z.B. Revision des GATT-Abkommen)
- die Streichung der Schulden der "Dritt-" und "Viertweltländer"
- die Abschaffung des völkischen Prinzips der Deutschstämmigkeit als Grundlage der staatlichen Organisation der BRD
- die Abschaffung sämtlicher Sonderrechte der deutschen, bzw. "christlichen" Kultur
- die Abschaffung der Unterteilung der Grundrechte in "deutsche" Grundrechte und "allgemeine" Grundrechte (d.h. nördliche Definition des Begriffs "Volk" im Grundgesetz)
- die Schaffung der Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit
- die Abschaffung des diskriminierenden AusländerInnengesetzes
- die Verabschiedung eines Anti-Diskriminierungs-Gesetzes zur Bekämpfung des offenen und verdeckten Rassismus
- der Stopp aller Abschiebungen von Flüchtlingen!
- die Ablehnung einer EG-weiten Flüchtlingspolitik, die unter dem "Harmonisierungsdruck" Abkommen wie das Schengener rechtfertigt
- die Abschaffung der Diskriminierung der AsylbewerberInnen durch die Auszahlung der Sozialhilfe in Gutscheinen bzw. Naturalien

## MAJ+GBJ/JungdemokratInnen Der parteiunabhängige Jugendverband im grün-alternativen Spektrum - Ein Angebot -

So langsam spricht es sich herum, der Partei DIE GRÜNEN fehlt die Jugend. Die mit Abstand stärkste Altersgruppe bei den GRÜNEN ist um die 40 Jahre. Ein paar Vereinzelte um die 50 Jahre und drüber.

Teenies und Twens sucht man in der Partei meist vergebens. Die allgemeine Partei-verdrossenheit in der Jugend hat nun auch die GRÜNEN erreicht, besonders seitdem sie versuchen sich zu professionalisieren und den Anforderungen der parlamentarischen Demokratie anzupassen.

Der Zugang für junge Leute ist schwer. Wenn sich Jugendliche einmal auf Parteiversammlungen trauen, ist es schwer für sie die Debatten der Insider zu verfolgen. Da wird von Papieren und Vorfällen geredet, die sie nicht kennen. Namen von Personen werden genannt, die sie nie gesehen haben, und die Streitkultur unserer Partei läßt oft zu wünschen übrig...

Selten gelingt es Jugendliche persönlich einzubinden, u.a. weil die Neumitgliederbetreuung in den meisten KV's und OV's nicht gerade blüht. Wenn es dennoch gelingt, werden sie oft sehr schnell mit Arbeit überhäuft. Ist es nicht so, daß sie, wenn sie aktiv sind, von der Lehrer-Partei, als Jugendliche immer noch nicht für voll genommen werden und höchstens mal Zuarbeit leisten dürfen: Flugblätter verteilen, Info-stand, Ortsvorstand etc..

Die wichtigen Entscheidungen werden aber weiterhin in den "alten" Zirkeln getroffen.

Ein Beispiel von der LDK in Regensburg, wo das Landtagswahlprogramm beschlossen wurde: Im AK für das bildungspolitische Programm lag ein Papier vor, das nicht diskutiert werden sollte, weil es die LehrerInnen in LAK

Bildung schon verhackstückt hatten. Die anwesenden Jugendlichen mußten sich erst über das Plenum Rederecht erkämpfen! Welche Jugendlichen trauen sich das den schon, wenn sie sich nicht schon vorher zusammengeschlossen haben?

Da braucht man also nicht nur auf den sinkenden JungwählerInnenanteil der GRÜNEN zu schielen, wenn man meint, da müsse etwas geschehen.

### Ein eigenständiger Jugendverband

Es ist klar, daß Jugendliche eine besondere gesellschaftliche Gruppe sind, mit originären Interessen. Wer weiß nicht, daß es zu Themen wie SchülerInnenvertretung, Drogen, Sexualität, Kriegsdienst und seiner Verweigerung, Jugendzentren, Kultur eigene Sichtweisen der jungen Generation gibt. Diese Sichtweisen müssen unabhängig von irgendwelchen "Grufties" entwickelt.

### Eine Gesellschaft ohne eine Jugend mit eigenen Utopien hat keine Zukunft.

Um das zu ermöglichen benötigen sie Seminare, eigene Versammlungen und Beschlüsse und eine kontinuierliche Arbeit, die nur von Strukturen getragen werden können, die von Jugendlichen selbstbestimmt und verwaltet wird.

Es ist unumstritten, wenn jemand es gelernt hat in SchülerInnenvertretungen die eigenen Interessen zu vertreten, hat nicht nur zur Demokratisierung der Schule beigetragen, der wird sich auch sonst nicht so schnell unterkriegen lassen.

Jugendliche, die mit Gleichgesinnten und Gleichaltrigen die Möglichkeit haben, ihre eigenen Utopien zu entwickeln (z.B. wie sieht meine Traumschule aus?), sind auch bessere Partner und Bestandteile einer grünen Partei, als wenn sie nur in

alte Strukturen und Diskussionsprozesse hineinwachsen. Das zum Thema der Notwendigkeit eigenständiger Jugendarbeit. Nun zur

### Münchener Alternativer Jugend(MAJ) und den GBJ/JungdemokratInnen.

Wir sind ein eigenständiger Mitgliederverband, der sich in den letzten Jahren aus grünen Jugendgruppen und den Jungdemokraten gebildet hat. Die bayerische Lösung für das gleiche Problem auf Bundesebene und in anderen Landesverbänden, wo bisher die Gruppen mehr oder weniger aneinander vorbei arbeiten.

Wir im GBJ sind gleichzeitig Mitglied in den Jungdemokraten und der Grünen Jugendkoordination(JuKo), soweit es die noch gibt.

Unsere Satzung ist sehr basisdemokratisch und betont die Eigenständigkeit der regionalen Gruppen, das geht bis hin zur Namensgebung, so kam es auch in München zum Namen MAJ.

In unserer Satzung steht, daß wir ein eigenständiger Jugendverband sind, der die GRÜNEN als parlamentarischen Ansprechpartner sieht. Seit der LDK in Grafing sind wir auf Landesebene ein jugendpolitischer Ansprechpartner der GRÜNEN.

## Pädagogische Jugendarbeit ist fehl am Platz

Noch ein paar Anmerkungen zum geplanten Jugendkongress des Landesvorstandes der GRÜNEN Mitte März in Nürnberg:

Schön, daß der LaVo das Thema Jugend jetzt auch wichtiger nimmt.

Aber (<= was denn sonst), ein jugendpolitisches Konzept an Jugendlichen vorbei, mit einem sehr pädagogischen Ansatz, ist fehl am Platze. Warum organisiert man/frau so einen Kongress an aktiven Jugendlichen vorbei, die schon Erfahrung darin haben. Und 2., warum legt man den Termin gerade

Weitere Anträge sind immer wieder abgelehnt worden, so zuletzt auf dem LA in Unterschleißheim. Dort blieb uns die politische Unterstützung zur Aufnahme in den Ring Politischer Jugend Bayern versagt. Die Aufnahme dort würde uns die finanziellen Möglichkeiten geben, so richtig loszulegen, so daß auch an der

grünen Basis rüberkäme, mit wem sie es zu tun hat. So sind uns erst einmal die Hände gebunden. Dennoch gibt es Planungen für das Jahr 92:

Unser Bundesverband bietet internationale Jugendkontakte in den USA; Russland, Frankreich, Israel, Kasachstan, Schweiz etc an. Im Rahmen der bildungspolitischen Kampagne des Bundesverbandes in Zusammenarbeit mit der Bundespartei die GRÜNEN werden alle Schulen mit einer Sonderausgabe unserer Mitgliedszeitung Tendenz besichtigt und ein Seminar zur SV-Arbeit durchgeführt.

In unsere Mailbox in Nürnberg sind per Computer die aktuellsten Infos verfügbar. Vierteljährlich erscheint ein Landesjugendrundbrief des GBJ.

In der Planung ist auch noch ein Seminar zur Verkehrspolitik in Zusammenarbeit mit dem ADFC.

In München treffen wir uns jeden 1. Dienstag im Cafe Schloer, in der Wolfgang-Frühchel-Str., um 19h30. Wir diskutieren neben dem notwendigen Org-Kram, jeweils ein Schwerpunktthema.

dorthin, wo ein bestimmter Teil der Zielgruppe, hier die JungdemokratInnen ihre BDK haben. Ein solches aufgesetztes Jugendkonzept ist bundesweit beispiellos bei den GRÜNEN und bei allen anderen Alt-Parteien.

Artikel für den KV-Rundbrief von München-Mitte von Martin Ottensmann.



**CRASH macht dicht ?!?!**

In München soll mal wieder ein Stück Jugendkultur verloren gehen. Das CRASH in der Lindwurmstrasse ist die einzige Disco in München, wo kein Türsteher Gesichtskontrollen durchführt soll 1993 dicht machen. Geplant ist die Übernahme durch den Schwabinger Laden Babalu. Für die Jugendlichen bedeutet das, das letzte Eckchen Disco wo sie nicht in irgendwelche Normvorschriften von irgendwelchen Commerce-Typen passen müssen, gibt es nicht mehr. Das gemischte Programm, an jedem Abend läuft eine

andere Musikrichtung, kam bei den Leuten gut an. Erste Proteste sind zu hören. Nun gilt es öffentlichen Druck zu machen, damit das Angebot nicht verloren geht. Es sind diverse Aktionen im Gespräch. Wenn es gelingt die Betroffenen selbst zu organisieren und zu ermutigen, gibt es sicher eine Chance.

Am 26.2 tagt der nächste Bezirksausschuss Isarvorstadt. Mal sehen was da so drin ist. Die MAJ/JungdemokratInnen bleiben am Ball.

Wer Interesse hat mitzumachen melden!!!!!!!

**Unterschriftenliste:****Das CRASH erhalten !!!**

Wir fordern den Erhalt der Disco CRASH in der Lindwurmstrasse. Die angekündigte Schließung der Disco bedeutet einen derben Schlag gegen die Vielfaltigkeit der Musik- und Tanzlokale für Jugendliche in unserer Stadt. Der Freiraum auch ohne Türsteherkontrollen einen "Ausrocken" zu können muss betsehen bleiben.

Name	Adresse	Unterschrift
------	---------	--------------

Der Bundesverband der Jungdemokraten bietet jedes Jahr eine Reihe internationalen Jugendbegegnungen an. Dabei besuchen wir unsere internationalen Partnerorganisationen. Wer Interesse hat kein mehr Infos bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern: Jungdemokraten, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1

**Terminübersicht 1992****März**

20.-22. Bundesdelegiertenkonferenz in Oer-Erkenschwick

**April**

07.-21. "Bildungspolitik" in Chicago  
10.-17. "Politischer Umbruch in Rußland" in Moskau  
11.-15. Janz weit draußen (JWD) in Münchehofe bei Berlin  
15.-23. Ökologiekongreß in Moskau  
16.-26. "Jugendarbeit in Israel" in Jerusalem und Tel Aviv

**Juni**

05.-09. "Ökologische Marktwirtschaft" - alternatives Bodenseetreffen  
26.-01.07. "Allgemeine staatliche Dienstpflichten" in Nijmegen (NL)

**Juli**

24.-09.08. 2. Jungdemokraten-Sommerecamp in Südfrankreich

**August**

14.-23. "Geschichte und Zukunft der Stadt Moskau" in Moskau

**September**

N.N. (14 Tage) "Einwanderungspolitik" in New York und Washington D.C.  
06.-16. "Deutsch-Israelisches Verhältnis" im Rhein-Main-Gebiet  
18.-29. "Nationalitätenkonflikt" in Alma-Ata/Kasachstan

**Oktober**

02.-11. "Europäische Hochschulpolitik" in Madrid  
09.-18. "Perspektiven für Osteuropa" in Rumänien  
17.-25. "Aufbruchstimmung in der Ukraine" in Kiev/Ukraine

**Dezember**

28.-02.01. "Europäische Einwanderungspolitik" in Paris